



„ES MÜSSTEN SCHON ALLE POLITIKEN DES LANDES GLEICHZEITIG EXTREM WIRKSAM SEIN.“

Stefan Perini, Direktor des Arbeitsförderungsinstituts

Prozent. Auch über Windkraft müsse geredet werden – lange Zeit ein Tabu, „hier aber“, sagt Kompatscher, „geht es um eine Menschheitskrise“.

Um das ehrgeizige Ziel, den motorisierten Individualverkehr – Hauptemittent von Treibhausgasen in Südtirol – um 40 Prozent zu verringern, dazu wird es neben dem massiven Ausbau von öffentlichen Verkehrsmitteln Fahrverbote geben müssen – richtig, Herr Landeshauptmann? „Ja.“

Die Landwirtschaft soll, laut Klimaplan, eine „deutliche Korrektur des Geschäftsmodells“ erfahren: In acht Jahren soll der stark klimaschädliche Lachgasausstoß halbiert werden, die Methanemissionen um ein Drittel. Das bedeutet also: deutlich weniger Viehbestand, deutlich weniger Düngen? Der Landeshauptmann bejaht wieder. Bis 2030 soll, heißt es dazu im Klimaplan schwammig, „schrittweise die ökologisch bewirtschaftete landwirtschaftliche Fläche vergrößert“ werden.

Eines der ambitioniertesten, aber bislang am wenigsten thematisierten Ziele im Klimaplan ist ein soziales. Die ökologische Transformation, so wie sie sich die Landesregierung vorstellt, soll nicht zu Lasten der Geringverdienenden gehen: Der Anteil der armutsgefährdeten Bevölkerung in Südtirol soll deshalb bis 2030 um 10 (!) Prozentpunkte gegenüber dem Stand von 2019 gesenkt werden. Von derzeit 18 auf 8 Prozent.

Als armutsgefährdet gilt, wer in einem Haushalt lebt, dessen Einkommen nicht auf 60 Prozent des mittleren Südtiroler Einkommens („Medianeinkommen“) kommt. Das



Foto: Alexander Alther

Landesstatistikinstitut Astat beziffert dieses Einkommen mit 21.600 Euro jährlich, die Armutsgefährdungsschwelle liegt also bei rund 13.000 Euro Haushaltseinkommen im Jahr. Darunter liegen in Südtirol 17 Prozent der Haushalte, das sind 38.400 (in denen geschätzt 18 Prozent der Bevölkerung, also mehr als 90.000 Menschen leben). Ihnen steht ein mittleres Einkommen von 9.620 Euro im Jahr zur Verfügung.

Diesen Anteil um zehn Prozentpunkte innerhalb von acht Jahren zu senken, das kommt einer Umverteilung gleich, wie es sie in Südtirol wohl noch nie gegeben hat: Über 22.000 Haushalte müssten über besagte Einkommensschwelle gehoben werden, also durchschnittlich gut dreieinhalb Tausend Euro mehr im Jahr zur Verfügung haben. Zum Vergleich: Sämtliche Sozialtransfers, die das Land zurzeit tätigt, reduzieren den Anteil armutsgefährdeter Haushalte um gerade einmal 5 Prozent.

Wie also soll das gehen? Das Arbeitsförderungsinstitut Afi forscht regelmäßig zum Thema Ungleichheit. Am stärksten armutsgefährdet sind laut Afi-Direktor Stefan Perini folgende Kategorien: alte Menschen, die allein leben; Paare mit drei oder mehr Kindern; Alleinerziehende; Migrierte; Arbeitslose; geringfügig Beschäftigte.

Um diesen Menschen zu helfen, ließe sich einiges machen, sagt Perini: aktive Arbeitsmarktpolitik, Mindestlöhne erhöhen, Mindestrenten erhöhen, Betreuungsangebote ausbauen, Inklusion schaffen. „Es braucht einen gleichwertigeren Zugang

TITEL



Landesregierung und Umweltaktive bei den „Sustainability Days“, von links: Landeshauptmannstellvertreter Giuliano Vettorato und Daniel Alfreider, Landeshauptmann Arno Kompatscher, David Hofmann (Bündnis Klimaaktion), Zeno Oberkofler und Majda Brecelj (Fridays for Future). Rechts Moderator Pietro Polidori.

zum Arbeitsmarkt für alle, einen starken Sozialstaat und eine Inklusionspolitik für Migranten und Langzeitarbeitslose“, fasst es Perini zusammen. Aber um an ein Minus von zehn Prozentpunkten auch nur denken zu können, da müssten schon „alle Politiken des Landes gleichzeitig extrem wirksam sein“.

In einem Beitrag im Sammelband „Klimaland Südtirol?“ (herausgegeben von Thomas Benedikter) verweist Perini außerdem auf einen zentralen Aspekt sozial gerechter Klimapolitik: je reicher das Land, desto größer der Fußabdruck.

Wer mehr verdient, wer mehr besitzt, kann sich einerseits besser vor den Folgen des Klimawandels schützen. Und verbraucht andererseits mehr Ressourcen, belastet das Klima mehr. Gerechte Klimapolitik müsste daher bei den Vermögenden und besser Verdienenden ansetzen.

„Hier legen Sie den Finger in die Wunde“, gesteht Arno Kompatscher bei diesem Punkt. Das soziale Ziel sei „mit Sicherheit eines der ehrgeizigsten“. Wie aber die Löhne derer steigern, die in Südtirol am wenigsten verdienen? Das betrifft etwa Supermarktkassierinnen, Reinigungspersonal oder Pflegehilfen.

Kompatscher scheitert an dieser Aufgabe laut eigener Aussage seit sieben Jahren. So lange versuche er schon, die sogenannten territorialen Kollektivverträge im Niedriglohnssektor zu verbessern. Kurioserweise seien ihm die Gewerkschaften hier bislang keine Hilfe gewesen, behauptet der Landeshauptmann. Von den Arbeitgeberverbänden kommt meist nur der Wunsch

nach „mehr Brutto vom Netto“, einem Senken der Steuern auf Arbeit und der Sozialbeiträge.

Auch für dieses Klimaplan-Ziel gilt also: Angesichts dessen, was bislang getan wurde und wird, weiß niemand, wie es erreicht werden soll.

Was geht in Sachen Klimapolitik eigentlich in Südtirol, und was nicht? Welche politischen Handlungsspielräume hat die autonome Provinz? Mit dieser Frage hat sich der Verfassungsrechtler Francesco Palermo befasst. Die Antwort: Es gibt sehr wohl Spielraum für eine autonome Klimaschutzgesetzgebung – diesen gelte es denn auch zu nutzen.

Eine relativ unbestritten notwendige Maßnahme wie etwa eine CO₂-Steuer müsste zwar auf europäischer, oder zumindest nationaler Ebene beschlossen werden. Ebenso eine Steuer auf Kerosin, den Flugzeugtreibstoff, oder eine Staffelung der Mehrwertsteuer. Dennoch gibt es laut Francesco Palermo noch „vie Luft nach oben“ in Sachen Klima-Gesetzgebung.

Was gehe, und was nicht – Palermo verweist auf Entscheidungen zum Thema Bettenstopp, Verkehr und Flughafen – das sei oft eher eine politische als eine Kompetenzfrage. Insgesamt gebe es zwar keine direkte Klima-Kompetenz im Autonomiestatut, dafür aber viele Teilkompetenzen, über die sich vieles machen ließe – auch ohne Italien miteinzubeziehen. Denn, so der Verfassungsexperte: „Wenn wir nicht eigene Entscheidungen treffen, hat die Autonomie keinen Sinn.“



Diesen Spielraum will Arno Kompatscher nutzen. Dafür aber brauche er eine breite Mehrheit in der Bevölkerung, beteuert er am Donnerstag letzter Woche bei den „Sustainability Days“. Dort diskutiert er gemeinsam mit seinen Stellvertretern Daniel Alfreider und Giuliano Vettorato mit „der Jugend“: Majda Brecej und Zeno Oberkofler von „Fridays for Future“, David Hofmann vom Bündnis für Klimaaktion Südtirol.

Die Diskussion verläuft harmonisch, nur einmal wird es brenzlig, als Oberkofler dem Lega-Mann Vettorato vorwirft, einer Partei anzugehören, die unter anderem gegen das Pariser Klimaabkommen gestimmt hat. Vettorato begründet das mit unterschiedlichen politischen Meinungen. Brecej lobt die Klimaplanziele, fordert aber schnell konkrete Maßnahmen.

Als darauf Applaus im Saal aufbrandet, stimmt der Landeshauptmann mit ein: „Ich müsste eigentlich mitapplaudieren.“ Er sei für den Aktivismus dankbar, den brauche es, weil man früher oder später auf Widerstand stoßen werde. Tags darauf, bei seiner Abschlussrede, spricht er von einem „notwendigen Arschtritt“ vonseiten der jungen Protestierenden.

Dennoch hebt Kompatscher, halb an die Aktivisten, halb an den Saal gewandt, den Finger: Solange die Gefahr drohe, dass politische Kräfte übernehmen, „die von der neoliberal-kapitalistischen Idee überzeugt sind, und nicht von der Kreislaufwirtschaft“, bleibe es schwierig.

Zwar müsse die Politik den Mut haben, auch unpopuläre Entscheidungen zu treffen, fügt der Landeshauptmann auf Nachfrage hinzu. Nur gebe es für diesen Mut in Demokratien aber eine Grenze: Dann nämlich, wenn der Konsens fehle. „Es nutzt nichts“, sagt Kompatscher, „wenn der General in den Krieg zieht und die Armee nicht mit.“

Ist das aber tatsächlich so? Fehlt in der Bevölkerung der Konsens für Klimapolitik? Es gibt Studien, die das Gegenteil behaupten. Von 22.000 Befragten im Vereinigten Königreich etwa gab im vergangenen Jahr bei der Studie „Climate Consensus“ die Mehrheit an, für weitreichendere klimapolitische Maßnahmen als die der aktuellen Regierung zu sein.

Eine Astat-Umfrage zur „Sorge um die Umwelt“ zeigte im August, dass eine Mehrheit der Südtiroler Bevölkerung den Klimawandel als die größte Umweltsorge wahrnimmt.

In einer weiteren Umfrage („So denkt Südtirol“) fragte das Astat jüngst unter anderem nach klimapolitischen Maßnahmen. Die Ergebnisse werden im Herbst publiziert. Dass eine Mehrheit davon überzeugt ist, dass bislang zu wenig getan wird, davon kann bereits jetzt ausgegangen werden.

Schwerer mit der Mehrheit tut sich der Landeshauptmann da schon in der eigenen Partei, der SVP. Das zeigen bisherige Gesetzgebungsprozesse und Debatten wie jüngst zum Thema Bettenstopp.

Im Klimaplan wird indes versprochen, die Einhaltung der Ziele „notfalls auch im Gegensatz zu Partikularinteressen einzelner Gruppen durchzusetzen“. Ob das gehen kann, wird sich voraussichtlich im nächsten Sommer zeigen, sobald die konkreten Maßnahmen in Teil 2 des Klimaplanes präsentiert werden. Pünktlich zum Auftakt des Landtagswahlkampfes. ■

Mitarbeit: Lucia Baumgartner